

Geschäftsführung
BV Cronenberg

Es informiert Sie	Anja Rohde
Telefon (0202)	563 24 35
Fax (0202)	563 81 11
E-Mail	anja.rohde@stadt.wuppertal.de
Datum	23.06.2016

Niederschrift

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Cronenberg (SI/2093/16)
am 15.06.2016**

Anwesend sind unter dem Vorsitz von Frau Bezirksbürgermeisterin Ursula Abé:

von der CDU-Fraktion

Herr Dr. Klaus Ditgens , Herr Günter Groß , Herr Burkhard Orf , Frau Vera Tesche-Wülbeck , Herr Michael-Georg von Wenczowsky ,

von der SPD-Fraktion

Herr Hans-Peter Abé , Frau Ursula Abé , Herr Oliver Siegfried Wagner ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Regina Orth , Herr Dirk Wallraf ,

von DIE LINKE

Herr Hartmut Kissing ,

von der WfW-Fraktion

Frau Barbara Stenzel ,

von der Ratsgruppe AfD

Herr Bernhard Wagner ,

Beirat der Menschen mit Behinderung

Frau Christel Longrée ,

berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

Herr Thomas Hahnel-Müller , Frau Susanne Herhaus , Herr Dirk Kanschat , Herr Paul Yves Ramette , Herr Peter Vorsteher ,

vom Jugendrat

Herr Moritz Emde ,

als Vertreter des Oberbürgermeisters

Herr Jochen Siegfried ,

Nicht anwesend sind:

Frau Miriam Scherff von der SPD-Fraktion und Herr Hans-Hermann Bock von der FDP-Fraktion.

Schriftführerin:
Anja Rohde

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:08 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

2 Wuppertaler Jugendrat

Herr Emde informiert über stattgefundene und geplante Projekte des Jugendrates.

3 Anträge bzw. Anfragen von Fraktionen oder Mitgliedern der Bezirksvertretung

3.1 Die Drucksache wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

Unkrautbeseitigung auf Spielplätzen
Antrag der SPD-Fraktion vom 01.06.2016
Vorlage: VO/0470/16

3.2 Sachstandsbericht zur Denkmalsbereichssatzung Cronenberg Antrag der CDU-Fraktion vom 02.06.2016 Vorlage: VO/0471/16

Herr Groß teilt mit, dass dieses Thema schon seit Jahren schlummere. Es hieß immer, wenn Beyenburg bzw. das Zooviertel abgeschlossen sei, solle die Denkmalsbereichssatzung Cronenberg in Angriff genommen werden. Leider liege zur heutigen Sitzung weder eine Stellungnahme aus, noch sei ein Vertreter der Verwaltung zu diesem Thema anwesend.

Dies sei eine Missachtung der Mitglieder der Bezirksvertretung Cronenberg. Er verlange nunmehr spätestens zur nächsten Sitzung diesen Bericht.

Herr Wagner stellt fest, dass man hierüber einen Beschluss fassen sollte, allerdings mit einer anderen Wortwahl. Er schlägt folgenden Antrag vor:

„Die Bezirksvertretung Cronenberg wünscht sich, dass ein zuständiger Fachbereichsleiter zur nächsten Sitzung kommt und hier präsentiert.“

Herr von Wenczowsky erklärt, dass man eine Erwartungshaltung gegenüber der Verwaltung habe, den Bericht für Cronenberg zu bekommen. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die Verwaltung vorab von sich aus einen Bericht erstattet hätte, aber darauf habe man vergeblich gewartet.

Die Geschäftsführerin erläutert, dass der Antrag der CDU-Fraktion erst in dieser Sitzung beschlossen werden muss und dann zur weiteren Veranlassung an die Fachverwaltung weitergeleitet werde.

Herr Siegfried schließt sich den Ausführung von Frau Rohde an und erklärt,

dass dies, nur weil hier von Seiten der Verwaltung noch keine Mitteilung erfolgt sei, keine Missachtung der Bezirksvertretung vorliege, sondern der Beschluss abgewartet werde und der Bericht zur nächsten Sitzung einfließe.

Frau Bezirksbürgermeisterin Abé lässt über den Änderungsantrag von Herrn Wagner abstimmen.

„Die Bezirksvertretung Cronenberg wünscht sich, dass ein zuständiger Fachbereichsleiter zur nächsten Sitzung kommt und hier präsentiert. „

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 15.06.2016:

Die Bezirksvertretung Cronenberg wünscht sich, dass ein zuständiger Fachbereichsleiter zur nächsten Sitzung kommt und hier präsentiert.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit (gegen 3 Stimmen der CDU-Fraktion sowie der WfW und der AfD).

3.3

Personalentwicklungskonzept

Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 02.06.2016

Vorlage: VO/0469/16

Herr Kissing bittet die Bezirksvertreter dem Antrag zuzustimmen.

Herr von Wenczowsky führt aus, dass nun das Ergebnis der Umgestaltung der Bürgerbüros vorliege. Damals sei in der Bezirksvertretung schon sehr deutlich darauf hingewiesen worden, dass die Personalbemessung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht dem entspreche, wie es sein solle. Nunmehr werde ja angeblich mit 6 oder 8 Stellen durch die Verwaltung nachgesteuert. Dabei sei die bauliche Ausstattung immer noch nicht die, um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten.

Herr von Wenczowsky erklärt, dass man keinen Einfluss auf das Personalentwicklungskonzept in Barmen habe. Deshalb bitte er, den Antrag wie folgt zu erweitern:

Die Bezirksvertretung Cronenberg erwartet, dass der Zustand so hergestellt wird, dass die Passangelegenheiten und Anderes – weil die technischen Voraussetzungen vorhanden sind – auch wieder in Cronenberg durchgeführt werden.

Frau Orth unterstützt den Antrag der Fraktion DIE LINKE. und ebenfalls die von Herrn von Wenczowsky vorgetragene Erweiterung. Auch sie fordere, dass die Passangelegenheiten in Cronenberg geregelt werden könnten und wehre sich vehement dagegen, dass die wenigen Zeiten, in denen das Bürgerbüro Cronenberg noch geöffnet sei, gekürzt würden, weil es in der Zentrale am Steinweg Personalengpässe gebe.

Herr Kissing ist mit der Erweiterung des Antrages einverstanden.

Herr Wagner erwähnt, dass man das Glück habe, in der BV Cronenberg die entsprechende Fachverwaltung vor Ort zu haben und bittet Herrn Siegfried um Stellungnahme.

Herr Siegfried beginnt seine Stellungnahme in seiner Funktion als Amtsleiter des Bürgeramtes. Er führt aus, dass das Meldegeschäft, so wie es in der Öffentlichkeit kolportiert würde, nicht mehr gebe. Das Meldegeschäft habe sich in den letzten Jahren komplett verändert. Man habe andere gesetzliche Grundlagen, andere Technik, andere Auflagen und die Zuständigkeiten seien

ausgeweitet worden. Die heutige Meldebehörde sei eine Behörde die echte Querschnittsaufgaben für die gesamte Verwaltung wahrnehme, die aber auch Querschnittsaufgaben für Rentenversicherungsträger, Sozialversicherungsträger, Polizei, Verfassungsschutz etc. wahrnehme. Die Ideen der Stadtverwaltung aus dem Jahr 2010, eine Konzentration am Steinweg zu machen, hätten auf Annahmen beruht, die heute nicht mehr haltbar seien. Es seien damals andere demographische Entwicklungen gewesen – 320.000 Einwohner seien angepeilt worden. Man habe in den letzten 3 ½ Jahren eine unglaubliche Dynamik erlebt. Es seien jetzt keine 320.000 mehr sondern ganz aktuell 375.200 Einwohner, Tendenz steigend.

Die Räumlichkeiten am Steinweg seien für das Publikumsaufkommen nicht geeignet.

Zur Zeit seien auch noch 10 Stellen unbesetzt. Man habe intern alles getan, was organisatorisch möglich gewesen sei, die einzige noch ausstehende Möglichkeit sei die Umstellung auf Termingeschäft.

Nunmehr spricht Herr Siegfried als Pate der Bezirksvertretung. Es sei soeben gefordert worden, der vorliegende Antrag solle modifiziert werden. Hierzu möchte er den Stadtdirektor Herrn Dr. Slawig zitieren „Es wird keine Rückkehr zur Dezentralität geben. Die Zentralität wird bestehen bleiben.“

Frau Stenzel erschließt es sich nicht so ganz, das dort zentral entschieden wurde, dass es keine Rückkehr zur Aufwertung der Bürgerbüros gebe. Die Bezirksvertretung habe dies mehrfach gefordert und auch die Bürger unterstützten die Bezirksvertretung hierbei, dass die Bürgerbüros wieder aufgerüstet würden. **Frau Stenzel** ist darüber verärgert, dass erst gar nichts passiere, und dann am grünen Tisch beschlossen werde, Zentralität sei die neue Strategie und aufgrund dessen würden die Bürgerbüros nicht mehr gefordert. Obwohl Räumlichkeiten und technische Ausstattung noch so seien, das diese genutzt werden könnten.

Hier müsse man neue Impulse geben, da auch für neue Projekte alles Mögliche losgetreten werde, wie beispielsweise für das Seilbahnprojekt. Und für das Bürgerbüro, was so vielen hier ein Anliegen sei, passiere überhaupt nichts. Dies möchte sie an Herrn Siegfried herantragen.

Herr Siegfried teilt mit, dass dies intern diskutiert worden sei und er lediglich die Verwaltungsmeinung wieder gebe.

Herr Orf möchte ein Lob aussprechen. Er habe hervorragend freundliche Mitarbeiter angetroffen, die unter Stresssituationen - den man ihnen förmlich habe ansehen können - immer noch mit Bravour ihren Job gemacht hätten. Dies könne aber auch nicht im Sinne der Arbeitnehmer sein, dies sei ja Stress pur. Gleichzeitig bemängelt er die Parkplatzsituation vor Ort.

Herr von Wenczowsky äußert sich, dass er sehr dankbar sei, dass Herr Siegfried die Dinge so auf den Punkt gebracht habe. Zentralisierung ja, aber zurück zu Bewährtem, nein.

Die Bürgerbüros seien die erste Anlaufstelle für die Bürger und damit auch vom Grundsatz her Teil der Bürgerbeteiligung und Bürgernähe.

Herr Kissing werde seinen Antrag keinesfalls zurückziehen. Es sei Sache der Verwaltung, sich damit auseinander zu setzen und Gedanken zu machen.

Herr B. Wagner merkt an, das es nicht sein könne, dass auf einer Bemessungsgrundlage von 320.000 Einwohnern eine Zentralisierung durchgeführt worden sei. Nunmehr müsse es irgendwelche Pläne oder Überlegungen geben, wie man mit der neuen Situation (375.200 Einwohner) umgehe. Da könne doch der Stadtdirektor nicht einfach sagen, wir bleiben bei der Zentralisierung.

Herr Hahnel-Müller berichtet von seinen eigenen Erfahrungen. Er habe morgens eine Wartemarke gezogen, über das Internet geschaut wie lange die Wartezeit sei und zwischenzeitlich in der Stadt etwas erledigt. Dies klappe ganz gut, aber

nicht jeder verfüge über entsprechende Ausstattung.

Des Weiteren habe Herr Siegfried ja auch eingeräumt, dass man am Rand der Kapazitäten sei und da sollte es doch auch im Rahmen eines entsprechenden Prüfauftrages möglich sein, beispielsweise eine Dezentralisierung oder zumindest die Übertragung von Teilaufgaben auf die Bürgerbüros zu überprüfen.

Herr Ramette merkt an, dass es nicht sein könne, dass man jetzt zu dem Schluss komme, dass es aufgrund der baulichen Situation am Steinweg nicht so funktioniere, wie man es sich vorgestellt habe. Wenn dann noch der Stadtdirektor sage, es gebe keinen Weg von der Zentralisierung zurück, dann hieße das ja eigentlich, man brauche eine andere Zentralisierung irgendwo in Wuppertal. Da entstünde für ihn das Bild, es werde irgendwo eine andere Zentralisierung gebaut oder umgestaltet, währenddessen in den Stadtteilbüros Räumlichkeiten leer stünden, für die Miete bezahlt werde.

Frau Bezirksbürgermeisterin Abé formuliert den Erweiterungsantrag:

Die Bezirksvertretung Cronenberg wünscht die Leistungen, insbesondere Passangelegenheiten, wieder zu dezentralisieren und im Bürgerbüro Cronenberg anzubieten.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 15.06.2016:

Die Bezirksvertretung Cronenberg beschließt gemäß Vorlage:

Die Bezirksvertretung Cronenberg fordert die Verwaltung auf, bei zukünftigen zu erwartenden Engpässen im Meldeamt ein funktionierendes Personalentwicklungskonzept zum Tragen kommen zu lassen, das weitere Kürzungen und Einschränkungen des Publikumsverkehrs im Bürgerbüro Cronenberg ausschließt.

mit folgender Ergänzung:

Die Bezirksvertretung Cronenberg wünscht die Leistungen, insbesondere Passangelegenheiten, wieder zu Dezentralisieren und im Bürgerbüro Cronenberg anzubieten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

3.4

Erweiterung der 30 KM/H Zone Küllenhahn

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.06.2016

Vorlage: VO/0473/16

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 15.06.2016:

Die Bezirksvertretung Cronenberg beschließt die Erweiterung der 30 KM/H-Zone im Ortsteil Küllenhahn. Aus Elberfeld kommend soll die 30 KM/H-Zone nicht erst vor dem Haus Rhönstr. 11, sondern schon vor der Einfahrt Rhönstr. 22-66 beginnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

4 **Bürgerantrag nach § 24 Gemeindeordnung - Pfosten Hahnerberger Straße 15**
Vorlage: VO/0432/16

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 15.06.2016:

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

5 **Digitaler Gremiendienst in den Bezirksvertretungen - Durchführungsbeschluss**
Vorlage: VO/0364/16

Frau Stenzel informiert nochmals darüber, dass Sie persönlich nicht am Digitalen Gremiendienst teilnehmen werde.

Herr Orf fragt nach, wie die langfristige Archivierung mit den ipads funktioniere und was mit Unterlagen sei, die größer seien als die Oberfläche des ipads - beispielsweise bei Plänen.

Herr Siegfried teilt mit, dass es zukünftig zentral einen Kollegen im Geschäftsführerpool geben werde, der sich mit allen Fragen rund um den Digitalen Gremiendienst für die Bezirksvertretungen beschäftigen und diese auch beantworten werde. Gerade im Hinblick auf die Archivierung, Handhabung etc. Bei großen Plänen, die in den Bezirksvertretungen beraten werden, wird es zukünftig so sein, dass jeweils ein Plan in Originalgröße zu den Sitzungen der Bezirksvertretungen mitgebracht und ausgelegt bzw. ausgehangen werde.

Herr von Wenczowsky bittet darum, dass zukünftig sehr umfangreiche Drucksachen (beispielsweise „Der Ring um die Stadt“), die als Broschüre versandt wurden, auch weiterhin in dieser Form übermittelt werden.

Herr Siegfried merkt an, dass man ab September sehen müsse, wie sich die konkrete Arbeit mit den ipads entwickeln werde.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 15.06.2016:

Die Verwaltungsdrucksache wird ohne Beschluss entgegengenommen.

6 **Änderungen zum Einsatz der Mittel des Bundesinvestitionsprogramms**
Vorlage: VO/0351/16

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 15.06.2016:

Die Bezirksvertretung Cronenberg empfiehlt dem Rat der Stadt gemäß Vorlage zu beschließen:

Der Rat der Stadt beschließt die geänderte Maßnahmen-Planung gemäß Anlage 1.

Die Verwaltung wird im Rahmen der flexiblen Bewirtschaftung ermächtigt, notwendige Mittelumschichtungen innerhalb der investiven Budgets (der Jahre 2016 bis 2018) für den Tiefbaubereich vorzunehmen sowie die Fördergelder für

Hochbaumaßnahmen bedarfsgerecht an den Eigenbetrieb GMW weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit (bei 1 Enthaltung aus der CDU-Fraktion).

7 Umsetzung des Wohn- und Teilhabegesetzes des Landes NRW (WTG NRW) bei den städtischen Alten- und Altenpflegeheimen
Vorlage: VO/0275/16

Herr Rossbach von den städtischen Alten- und Altenpflegeheimen erläutert die Umsetzung des Wohn- und Teilhabegesetzes des Landes NRW hinsichtlich der Einrichtung Herichhauser Straße.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 15.06.2016:

Die Verwaltungsdrucksache wird ohne Beschluss entgegengenommen.

8 Einrichtung einer Querungshilfe auf der Berghäuser Straße 100
Vorlage: VO/0352/16

Herr von Wenczowsky bittet zu prüfen, ob es möglich sei, auf der Berghäuser Straße zwischen der Ortsmitte und der Querungshilfe, Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen, da hier in den Abendstunden nicht gerade langsam gefahren werde.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 15.06.2016:

Die Bezirksvertretung Cronenberg beschließt die Einrichtung einer zusätzlichen Querungshilfe in der Berghäuser Straße 100 mit einem Kostenrahmen von 18.500,- €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

9 Straßenbaumaßnahmen in den Stadtbezirken
Vorlage: VO/0365/16

Frau Stenzel bittet darum, dass die Anwohner rechtzeitig informiert werden.

Herr Abé erklärt, dass die Beschlussqualität der vorliegenden Drucksache (Entgegennahme ohne Beschluss) nicht den Vorschriften der Gemeindeordnung entspreche. Straßenbaumaßnahmen im Stadtbezirk seien originäre Aufgabe der Bezirksvertretung und deshalb müsste die Beschlussqualität Empfehlung/Anhörung sein.

Die Durchführung der in der Anlage aufgeführten Straßenbaumaßnahmen wird ohne Beschluss entgegen genommen.

10 **Bebauungsplan 1227 - Hahnerberger Straße / westlich Görresweg -
- Ergänzung
Vorlage: VO/1949/15/Erg.**

Die Verwaltungsdrucksache wird ohne Beschluss entgegengenommen.

11 **Bebauungsplan 1229 - An der Museumsbahn -
- Aufstellungsbeschluss -
Vorlage: VO/2140/15**

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 15.06.2016:

Die Bezirksvertretung Cronenberg beschließt die Verwaltungsdrucksache gemäß
Vorlage.

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans 1229 – An der Museumsbahn – erfasst einen Bereich südlich der Bebauung der Greueler Straße 38 und 40, östlich der Museumsbahn sowie westlich der Bebauung an der Berghäuser Straße 80 bis 90, wie in der Anlage 01 näher kenntlich gemacht.
2. Die Aufstellung des Bebauungsplans 1229 – An der Museumsbahn – wird für den unter Punkt 1. genannten Geltungsbereich gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.
3. Das Planverfahren wird als Verfahren der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten von umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen. Das Monitoring gemäß § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit (gegen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE., WfW und AfD, bei jeweils einer Enthaltung aus der CDU-Fraktion - Herr Orf und der SPD-Fraktion -Herr Wagner).

12 **Fluchtlinienplan 958 - Bereich Rhönstraße
- Obsoleszenzerklärung
Vorlage: VO/0385/16**

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 15.06.2016:

Die Straßenbegrenzungslinie im Fluchtlinienplan 958 wird im Bereich des Grundstücks Gemarkung Cronenberg, Flur 247, Flurstück 60/23, für funktionslos

erklärt. Damit wird das Grundstück für den Verkauf vorbereitet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit (bei 2 Enthaltungen aus der CDU-Fraktion – Frau Tesche-Wülbeck und Herr Orf, und Enthaltung der WfW).

13 Verwendung von quotierten Mitteln der Bezirksvertretung
- Antrag OGGs Hermann-Herberts-Schule
- Antrag GGS Hüttersbusch

Herr von Wenczowsky schlägt vor, alle vier Grundschulen mit der Mitteilung über den Ansatz der quotierten Mittel anzuschreiben und um Einreichung der Anträge zur Sitzung am 31.08.2016 zu bitten. Die schon vorliegenden Anträge werden vertagt.

Die Bezirksvertretung Cronenberg schließt sich dem Vorschlag von Herrn von Wenczowsky einstimmig an.

14 Verwendung von freien Mitteln der Bezirksvertretung
- Antrag Cronenberger Turngemeinde von 1880 e.V.

Frau Orth führt aus, dass man nicht bereit sei, das Gehalt eines FSJler in Höhe von 5.500,- Euro aus den freien Mitteln der Bezirksvertretung zu finanzieren. Des Weiteren werde pauschal über die Anschaffung von neuem Sportmaterial gesprochen. Es sei aber üblich, einen konkreten Kostenvoranschlag einzureichen aus dem hervorgehe, was konkret an Material angeschafft werden solle und was dies koste. Frau Orth schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und von der Cronenberger Turngemeinde konkretisieren zu lassen.

Auch Herr Groß möchte den Beschluss über den vorliegenden Antrag der Cronenberger Turngemeinde zurückzustellen. Als Begründung führt Herr Groß den Kinderspielplatz Unterkirchen an, dessen Klettergerüst beschädigt wurde. Hier müsste ein neuer Tampen installiert werden. Herr Groß stellt den Antrag, dass die Bezirksvertretung – nach Ermittlung der Kostenhöhe für die Ersatzteilbeschaffung – die Mittel hierfür zur Verfügung stelle, da dies den Kindern in Cronenberg zu Gute käme.

Ergänzend bittet Herr von Wenczowsky höflich darum – da der Vandalismus auf dem Kinderspielplatz Unterkirchen während der Abendstunden passiert - dass das Ordnungsamt und / oder die Polizei den Kinderspielplatz Unterkirchen abends bestreift.

Einstimmigkeit.

15 Berichte und Mitteilungen